



Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaften gymnasialer Elternvertreter (ARGE) in Baden-Württemberg und des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW) zur Einführung von G9 im Saarland und zur Umfrage des Deutschen Philologenverbands unter Lehrkräften zum Bildungsstand

Zwei Jahrzehnte nach der Einführung des achtjährigen Gymnasiums im Saarland hat die saarländische CDU-Landesregierung nun beschlossen, zum neunjährigen Gymnasium zurückzukehren. Diese Regelung soll im Saarland ab dem Schuljahr 2023/24 gelten, wobei es ausdrücklich nicht ein „zurück zum alten G9“ geben werde, sondern eine Weiterentwicklung des Gymnasiums zu mehr Studierfähigkeit der Schüler*innen.

Damit wird im Saarland umgesetzt, was in Baden-Württemberg seit vielen Jahren gefordert wird. Per Petition und zuletzt mit einer 90-prozentigen Befürwortung einer neunjährigen Gymnasiums-Laufbahn mit der Möglichkeit, individuell auf acht Jahre bis zum Abitur abzukürzen, hatten gymnasiale Eltern in einer Umfrage des Landeselternbeirates ihr eindeutiges Votum abgegeben. Ebenso eindeutig hatte sich der Philologenverband in Baden-Württemberg dafür ausgesprochen, den „Fehler G8“ endlich auch in Baden-Württemberg zu korrigieren.

Im Zusammenhang mit dem Unterricht unter Pandemiebedingungen und den an allen Schulen beklagten Covid-bedingten Lernrückständen hatten Elternvertreter und Lehrerverbände erneut gefordert, ein zusätzliches Schuljahr für alle Schulformen einzufügen, um den Schüler*innen die Gelegenheit zu geben, die nicht von ihnen verschuldeten Lernrückstände vernünftig aufholen zu können. Für die Gymnasien wäre das die Gelegenheit, zu einem G9-Gymnasium zurückzukehren, das nun auch von der CDU-geführten Regierung im Saarland als einzig vernünftig erachtet wird.

Die Arbeitsgemeinschaften gymnasialer Elternvertreter (ARGE) in Baden-Württemberg sind sich mit dem Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) darin einig, dass ein weiterentwickeltes G9-Gymnasium nicht nur aus Sicht zahlreicher wissenschaftlicher Studien zur Entwicklung der Schüler*innen überfällig ist, sondern auch die einzig richtige Lösung für die aktuellen Bildungsprobleme im Zusammenhang mit Corona bedeutet.

Eine gerade veröffentlichte Umfrage des Deutschen Philologenverbands (DPhV) zeigt zudem: Ein Großteil der gymnasialen Lehrkräfte sorgt sich nach den Corona-Einschränkungen im Schulbetrieb um den Bildungsstand ihrer Schülerinnen und Schüler.

Die im November durchgeführte Umfrage, an der rund 7.000 Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und zum Abitur führenden Schulen teilnahmen, ergab, dass rund 64 % der Befragten die bisherigen politischen Maßnahmen für nicht ausreichend halten, um das Versäumte bis zum Ende dieses Schuljahres nachzuholen. Zudem gab fast die Hälfte der befragten Lehrkräfte (49 %) an, dass ihre Schule nicht mit ausreichend Fachlehrkräften für den regulären Unterricht ausgestattet ist.